
Italien

Sergio Belardinelli

Die Darstellung des Religionsrechts in Italien und die Bedeutung der Religion in der italienischen Gesellschaft soll nicht so sehr unter religionsrechtlichen Gesichtspunkten, sondern vielmehr unter religionssoziologischen Gesichtspunkten erfolgen, wobei es vor allem darum geht, die Bedeutung der Religion in der italienischen Gesellschaft darzustellen. Zweifellos ist dies ein schwieriges Thema, da es die verschiedensten philosophischen, theologischen und soziologisch-kulturellen Eben betrifft. Die Darstellung erfolgt thesenartig anhand von fünf Punkten.

1. Das Staat-Kirche-Verhältnis

Bekanntermaßen wird das Staat-Kirche-Verhältnis in Italien durch das Konkordat zwischen der Italienischen Republik und dem Heiligen Stuhl geregelt. Das Konkordat ist alles andere als ein Zeichen von Harmonie zwischen Staat und Kirche, sondern im Gegenteil: Es ist eher ein *modus vivendi* in dem Bemühen, alte und tiefe Gegensätze zwischen dem italienischen Staat und der Katholischen Kirche in Italien zu mildern, ein Unterfangen, das oft durch Erfolglosigkeit gekennzeichnet ist.

Die alte *Römische Frage* (*Questione Romana*), d. h. die Geschichte der italienischen Staatsbildung und Einheitsbewegung, des sogenannten *Risorgimento*, hat eine tiefe Spaltung zwischen dem italienischen Staat und der Katholischen Kirche produziert. Diese Spaltung spielte und spielt

in Italien – offen oder latent – immer noch eine wichtige Rolle. Der Wiener Kongress hatte 1815 den Kirchenstaat wiederhergestellt und damit der Bewegung für einen italienischen Nationalstaat Auftrieb gegeben. Zugleich beförderten die komplizierten politischen, kirchlichen und kirchenstaatspolitischen Konstellation die Konflikte und die Feindschaft zwischen den Liberalen, den sog. Risorgimentalen, die die nationale Einheit auf ihre Fahnen geschrieben hatten, und den Katholiken, denen es durch päpstliches Dekret, die berühmte Bulle „Non expedit“ Pius' IX. von 1874, untersagt war, sich politisch und parteipolitisch für ein vereintes Italien zu engagieren. Dieses kirchliche Verbot, das vier Jahre nach der Annektierung des Kirchenstaates im Jahre 1870 durch italienische bzw. piemontesische Truppen erlassen wurde, galt noch bis zum Abschluss der Lateranverträge zwischen dem Heiligen Stuhl und der Italienischen Regierung am 11. Februar 1929. Pius IX. und seine Nachfolger hatten es bis dahin abgelehnt, auf ihre Rechtsansprüche auf den Kirchenstaat zu verzichten und sich als „Gefangene im Vatikan“ betrachtet.¹ All dies bildet immer noch direkt oder indirekt den Hintergrund, der in Italien auch die aktuellen politischen Auseinandersetzungen prägt.

Der italienische Staat hat sich nun einmal in einer scharfen Konfliktsituation gegen die Katholische Kirche durchsetzen müssen, ein Umstand, der seither das Staat-Kirche-Verhältnis belastet. So machen sich Klerikalismus und Antiklerikalismus immer wieder bemerkbar, wenn es um wichtige institutionelle, politisch-kulturelle Probleme geht (wie zum Beispiel die Bioethik). Dies sind unverkennbar Folgen der historischen Entwicklung Italiens und des spannungsreichen Konflikts zwischen Staat und Kirche, Politik und Religion, säkularen und religiös motivierten Kräften.

Ein Beispiel hierfür ist das kürzlich erschienene Buch von Sergio Romano.² Aus verschiedenen Gründen schätze

ich dieses Buch; aber, wie noch zu zeigen sein wird, leidet diese Publikation von Sergio Romano meines Erachtens an der italienischen Krankheit des Antiklerikalismus.

2. Die These des Massimo D'Azeglio

Von dem italienischen Schriftsteller und Politiker, Massimo D'Azeglio (1798–1866), einem der Vorkämpfer der italienischen Einigung, stammt der bekannte Spruch: „Wir haben Italien geschaffen, nun müssen wir auch Italiener schaffen.“ Damals wie heute geht es immer noch darum, diese Aufgabe zu vollenden. Selbstverständlich handelt es sich dabei um ein Problem, das nicht nur mit der *Römischen Frage* zu tun hat. Aber wenn wir uns die politischen Auseinandersetzungen und Diskussionen in Italien anschauen, bemerken wir immer noch etwas sehr Eigenartiges und Beunruhigendes: Es sieht so aus, als hätten wir eine unvollendete und unversöhnte politische Identität. Man kann sich oft nicht des Eindrucks erwehren, sich in einem – wenngleich nur mit Worten – geführten Bürgerkrieg zu befinden. Man kommt sich dann vor, als sei man noch im 19. Jahrhundert.

Der Faschismus als die zugemutete Vollendung des *Risorgimento* wollte der *Römische Frage* mit den bekannten Lateranverträgen lösen. Indem der Faschismus aber der 1919 von Luigi Sturzo gegründeten politischen Partei der Katholiken (*Partito Popolare Italiano*) jegliche Legitimität absprach, weil er sie als den langen Arm des Papstes in der italienischen Politik betrachtete, demonstrierte er allein schon damit seine unverkennbare antiliberalen und antikatholischen Einstellung.³ Die Geschichte der Partei von Luigi Sturzo ist eine traurige Geschichte – auch für die Katholische Kirche, nicht zuletzt auch wegen ihrer Haltung gegenüber dem Faschismus. Was an dieser Geschichte so betrüblich und bezeichnend zugleich ist, ist die seinerzeit

zu beobachtende Neigung von katholischen und liberalen Kräften, lieber mit dem Faschismus zu reden, anstatt miteinander zu sprechen. Dies ist zweifellos ein Effekt der *Römischen Frage*, den man bedauerlicherweise als eine Konstante in der italienischen Geschichte findet.

3. Die Entwicklung seit der Nachkriegszeit

Auch in der Nachkriegszeit hat die politische Kultur Italiens an dieser Krankheit zu leiden. Die *Democrazia Christiana* von Alcide De Gasperi war sicher eine löbliche Ausnahme, die ich hier nicht weiter in Betracht ziehen will. Aber nach De Gasperi muss man wieder den fatalen Fehler feststellen: Zunächst gibt es eine enge Verbindung zwischen der *Democrazia Christiana* und der Katholischen Kirche, sodann folgt das Kapitel von Katholiken und Liberalen, die lieber mit den Kommunisten als miteinander reden.

Die Folge dieses Mankos haben wir noch heute vor Augen: Religion und Politik sind bei uns entweder zu sehr vermischt oder zu sehr getrennt. So klingt der Begriff *Laizität* des Staates heute noch für viele Italiener wie ein Schimpfwort. Für andere – und es werden immer mehr – ist *Laizität* zu einem Kampfbegriff geworden, der gegen die Religion benutzt wird. Das gilt aber zunehmend nicht nur für Italien, sondern vielmehr für das ganze Europa.

4. Moralische Erschütterungen

Das traurige Kapitel *Tangentopoli*, der Schmiergeldskandal Anfang der 1990er Jahre, hat Italiens Parteiensystem tief erschüttert: Es hat ein *bürgerliches Unbehagen* hervorgerufen und in bestimmter Hinsicht auch unsere Widersprüche verstärkt – man denke nur an die Säuberung der

politischen Klasse durch die italienische Justiz. In Bezug auf unser Thema, die Bedeutung der Religion für die Gesellschaft, hat der Schmiergeldskandal Tangentopoli allerdings auch etwas Positives bewirkt: Einerseits hat er das Bewusstsein einer Laizität entwickelt, die sich nicht mehr als Gegensatz zur Religion begreift, andererseits hat er einen Katholizismus heranwachsen lassen, der – ohne Komplexe den Laizisten gegenüber wie auch ohne konfessionalistische Versuchungen – sich verstärkt für die Wertefundierung der Gesellschaft engagieren möchte. Die alten, in Italien immer und immer wieder geführten Diskussionen über die Laizität des Staates haben vielleicht die Italiener in der letzten Zeit empfindsamer gemacht. Anders als andere europäische Staaten sind wir nicht mehr bereit, die Laizität einfach als Wertneutralität aufzufassen. Viele von uns streben nach einem Staat und einer Politik, die sich der integrativen Kraft der Religion bewusst ist, ohne konfessionalistische Verengungen. Das ist sehr ermutigend.

5. Das Kulturelle Projekt

Seit zehn Jahren führt die Katholische Kirche Italiens das sogenannte „Kulturelle Projekt“ durch, das im Einklang mit dem Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) und der Soziallehre von Johannes Paul II. (1978–2005) steht. Dieses Projekt zielt nicht mehr auf die *Katholizität* der Regierungen; vielmehr geht es bei diesem Projekt darum, die Gesellschaft und die Kultur mit christlich-sozialen Ideen zu beseelen. So ist ein neues Bewusstsein für die vordringlichen Aufgaben der italienischen Kirche und Katholiken hinsichtlich der Gesellschaft und des politischen Gemeinwesens entstanden, das sich besonders deutlich beim italienischen Referendum über die künstliche Befruchtung im Jahr 2005 gezeigt hat.

Bei diesem Referendum ging es um vier grundlegende Fragen. Sie betrafen das Gesetz Nr. 40, das so genannte Gesetz über die „medizinisch unterstützte Fortpflanzung“, das vom italienischen Parlament am 19. Februar 2004 verabschiedet worden war. Das Ziel der Initiatoren des Referendums war es, das Verbot der verbrauchenden Embryonenforschung aufzuheben und ebenso das Verbot, mehr als drei Embryonen zum Zwecke der Einpflanzung in die Gebärmutter zu erzeugen; ferner ging es dabei um die Anerkennung der Rechte des Embryos sowie um das Verbot der so genannten heterologen Insemination, also die künstliche Befruchtung mit Fremdsperma.

Zugunsten des Referendums engagierte sich eine große Schar von Befürwortern; dazu zählten die Initiatoren, also die italienische Radikale Partei, die Linksdemokraten, die Kommunistische Partei Italiens und ihre Abspaltung, die *Rifondazione Comunista*, sowie einige Gruppen, die sich als liberal bezeichneten, darunter feministische Bewegungen, Umweltschützer und einzelne Persönlichkeiten aus der Politik und Kultur aus dem Lager derer, die für das Gesetz Nr. 40 gestimmt hatten. Zu ihnen zählten Persönlichkeiten wie Ministerin Stefania Prestigiacomo von der *Forza Italia* und Minister Gianfranco Fini von der *Alleanza Nazionale*. Für das Referendum sprachen sich die wichtigsten italienischen Tageszeitungen aus, so der „*Corriere della sera*“, „*La Repubblica*“, „*Il sole 24*“, „*La Stampa*“ u. a. Zeitschriften, ferner ein großer Teil der Fernsehjournalisten sowie einige Nobelpreisträger, namhafte Wissenschaftler und eine Schar von Persönlichkeiten aus Film und Theater. Man muss feststellen, dass sich – mit Ausnahme der Katholischen Kirche, einiger kleiner, christlich ausgerichteter Parteien und einer Gruppe von Wissenschaftlern und Intellektuellen unterschiedlicher Ausrichtung, die sich in einem Komitee namens *Comitato Scienza e Vita* (Komitee Wissenschaft und Leben) zusammengeschlossen hatten –

die wichtigsten intellektuellen Lobbygruppen Italiens massiv für das Referendum ausgesprochen haben. Dessen Befürworter trugen ihr Ansinnen in der Öffentlichkeit dermaßen massiv vor, dass für viele Beobachter das Ergebnis der Abstimmung schon im Vorhinein festzustehen schien. Die Befürworter des Referendums, so schien es, würden gewinnen, zumal Parteien wie „Forza Italia“ und die „Alleanza Nazionale“, die für das Gesetz Nr. 40 gestimmt hatten, nicht offiziell Stellung gegen das Referendum genommen hatten.

Die Volksabstimmung war jedoch für alle eine riesige Überraschung. Viele hatten gehofft, dass sich die von Kardinal Camillo Ruini empfohlene Strategie der Enthaltung gemäß dem Motto „Über das Leben stimmt man nicht ab“, bezahlt machen würde. Viele hatten gehofft, dass das so genannte Quorum für die Gültigkeit des Referendums (es müssen sich 50 % der Wahlberechtigten plus einer beteiligen) nicht erreicht werden würde. Es schien klar zu sein, dass die Entscheidung auf jeden Fall knapp ausfallen würde.

Tatsächlich gingen dann aber nur 25 % der Italiener, also nur jeder vierte, zur Urne. Das war ein spektakuläres Ergebnis; schließlich ist in Rechnung zu stellen, dass sich üblicherweise 25 % bis 30 % der Wahlberechtigten in Italien nicht an Abstimmungen beteiligen. Was die Faktoren betrifft, die für dieses Ergebnis ausschlaggebend waren, muss man natürlich auf den Einsatz der gesamten katholischen Welt im Kampf gegen die Volksabstimmung verweisen. Nicht zu unterschätzen sind allerdings auch die Beiträge einiger nicht katholischer Intellektueller, wie zum Beispiel Giuliano Ferrara, Chefredakteur der Tageszeitung „Il Foglio“, und der Biologe Professor Angelo Vescovi, die sich sehr darum bemühten, die Gründe für eine Enthaltung fundiert vorzutragen und verständlich zu machen.

Entscheidend für den Ausgang waren wohl die Fehler, die von den Befürwortern der Volksabstimmung gemacht wurden – Fehler, die durch die besondere Kampagne der gegen die Volksabstimmung gerichteten Bewegung noch offenkundiger wurden. Das Auftreten von Showgirls, wie Sabrina Ferilli, die sich in Tausenden von Werbespots und Plakaten an der Seite populärer Wissenschaftler, wie etwa dem Onkologen, Umberto Veronesi, präsentierten, stand in offensichtlichem Widerspruch zur Ernsthaftigkeit des Anliegens. Dasselbe gilt für den von höchst ehrenwerten Personen inszenierten Hungerstreik (an ihm beteiligten sich auch Nobelpreisträger, Wissenschaftler, Politiker), für den es offensichtlich wenig überzeugende Begründungen gab. Zudem ist anzunehmen, dass – abgesehen von der objektiven Unhaltbarkeit der Thesen der Volksabstimmung – der entscheidende Fehler der Befürworter des Referendums ein Kommunikationsproblem war: Sie hatten geglaubt, die Zustimmung der Menschen zu gewinnen, indem sie ihre Parolen mit Argumenten wie „Gesundheit der Frau“, „Freiheit der Forschung“ oder „Recht auf Kinder“ verknüpften, so, als ob das Gesetz Nr. 40 gegen all diese Dinge gerichtet wäre. Ebenso haben sie versucht, dieses Gesetz als ein *klerikales* Gesetz zu denunzieren, das nur vom Vatikan gewollt sei – auf Kosten der Italiener. Da es sich in Wirklichkeit aber ganz anders verhielt, wurden die Menschen allmählich misstrauisch und näherten sich somit den Positionen derjenigen an, die das Gesetz Nr. 40 verteidigten, indem sie vor allem versuchten, dessen großen symbolischen Wert im Hinblick auf die Bedeutung und den Schutz der Würde des menschlichen Lebens von seinem Beginn an aufzuzeigen.

6. Ein neues Verhältnis von Politik und Religion

Das schon zitierte Buch von Sergio Romano ist ein gutes Beispiel für eine Mentalität, die wohl die Befürworter des Referendums nicht verstehen konnten. Romano ist der Meinung, dass sich Papst und Bischöfe nicht in politische Angelegenheiten einmischen sollten. Der Versuch, die christlichen Wurzeln Europas in der europäischen Verfassung zu benennen, ist für Romano „ungelegen und von Anfang an zum Scheitern verurteilt“. Der Besuch von Papst Johannes Paul II. im italienischen Parlament scheint ihm als eine Art, „die Stadt Rom wieder in Besitz zu nehmen“. Was schließlich das Ergebnis des Referendums betrifft, so beruht es nach Romano nur auf der „Verwirrung“ von Bischöfen und „frommen Atheisten“ (wie Ferrara u. a.) – eine Verwirrung, die „die Grenze zwischen Staat und Kirche verdunkelt“ habe. Unter dem Gesichtspunkt solch antiklerikalistischer Polemiken konnte man natürlich das Resultat des Referendums nicht verstehen.

Die wichtigste Erkenntnis, die daraus zu ziehen ist, ist der äußerst ermutigende Umstand, dass bei wichtigen politischen Entscheidungen wie den bioethischen Fragen die Menschen offenbar nicht bereit sind, diese Entscheidungen an Politiker, Geistliche, Wissenschaftler und angebliche oder tatsächliche Experten zu delegieren. Insbesondere in den letzten Tagen der Kampagne um die Volksabstimmung war erkennbar, dass die Diskussionen mit großer Ernsthaftigkeit und Leidenschaft verfolgt wurden. Viele Bürger verschiedenen Alters, besonders junge Bürger, waren ernsthaft daran interessiert zu begreifen, worum es sich bei den embryonalen Stammzellen und den ausgereiften Stammzellen handelt; sie machten sich Gedanken über die Natur des menschlichen Embryos und auch über die verschiedenen Techniken der künstlichen Befruchtung, und sie begriffen allmählich, so schien es jedenfalls, die Wichtigkeit dessen,

worum es ging, ohne sich allzu sehr von den Massenmedien beeinflussen zu lassen, die zum Großteil auf der Seite der Initiatoren des Referendums standen.

Das Ganze war schließlich eine gute Gelegenheit, die gewachsene Sensibilität für grundlegende Wertfragen der italienischen Gesellschaft und Kultur erkennbar werden zu lassen. Auch wenn man konzedieren muss, dass nicht alle, die den Urnen ferngeblieben sind, dies aus voller Überzeugung für die Sache getan haben, so ist die italienische Volksabstimmung zumindest in einem Punkt äußerst positiv zu bewerten: Wenn es sich um ethische Kernfragen wie das menschliche Leben handelt, sind die Bürger alles andere als gleichgültig oder leichtgläubig. Sie enthalten sich bei wichtigen Abstimmungen nicht einfach nur deshalb der Stimme, weil ein Kardinal oder der Papst dafür plädieren. Es ist daher anzunehmen, dass die Menschen sich mehr und mehr danach richten, wie gut die Argumente sind, die zugunsten der verschiedenen Positionen ins Feld geführt werden. Die hier vorgestellten Zusammenhänge des Verhältnisses von Politik und Religion, Kirche und Staat beinhalten eine sehr bedeutsame Erkenntnis, eine Erkenntnis, die auch für andere Länder gelten dürfte und die uns vielleicht weniger pessimistisch stimmt im Hinblick auf das Schicksal unserer Zivilisation.

Anmerkungen

¹ Vgl. Roger AUBERT / Rudolf LILL: Die Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Liberalismus, in: Handbuch der Kirchengeschichte, hrsg. von Hubert JEDIN, Bd. VI/1, Freiburg i.Br. 1985, S. 696–760. – Den theologisch-kirchenpolitischen Hintergrund der „Römischen Frage“ und der Ablehnung der Päpste, sich mit dem Verlust des Kirchenstaates abzufinden, bildete die These, dass der Papst als Oberhaupt der katholischen Weltkirche nur frei walten könne, wenn er keinem weltlichen Souverän untertan sei. Mit den Lateranverträgen, dem Konkordat zwischen dem italienischen Staat (dem damaligen Königreich Italien) und dem Heiligen Stuhl

vom 11. Februar 1929 (ein weiteres Konkordat zwischen Staat und Kirche wurde am 18. Februar 1984 abgeschlossen) war diese theologisch-kirchenpolitische These hinfällig, doch wirkten und wirken die historischen Konflikte zwischen italienischem Staat und Katholischer Kirche immer noch nach.

² Sergio ROMANO: *Libera Chiesa, libero Stato? Il Vaticano e l'Italia da Pio IX a Benedetto XVI*, Mailand 2005.

³ Vgl. Luigi STURZO: *Italien und der Faschismus*. Aus dem Italienischen, Köln 1926. Sturzo beschrieb im Londoner Exil den Faschismus als Strömung der Intransigenz und Intoleranz, eine Kategorisierung, die man heute als Totalitarismus bezeichnet. Zu dem katholischen Geistlichen und Politiker, Luigi Sturzo, vgl. Sergio BELARDINELLI: *Die politische Philosophie des christlichen Personalismus*, in: Karl Graf BALLESTREM / Henning OTTMANN (Hrsg.): *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*, München 1990, S. 243–262, hier: 252ff.